

Region Emscher-Lippe

DGB



Stark im Wandel: Die DGB Region Emscher-Lippe zur Kommunalwahl



Forderungen des DGB Emscher-Lippe und seiner Einzelgewerkschaften zur Kommunalwahl 2020

Vorwort

Im September 2020 werden in Nordrhein-Westfalen in den Gemeinden, Kreisen, kreisfreien Städten und Stadtbezirken neue Parlamente gewählt. In den Stadträten und in den Kreistagen werden politische Entscheidungen getroffen, die für die Menschen direkt und vor Ort spürbar sind. Bei der Wohnungssuche, bei Ausbildung und Beschäftigung, bei der Mobilität, bei der Bildung und Betreuung der Kinder und Jugendlichen, bei den Freizeitangeboten, bei der Betreuung von Senioren, aber auch bei Fragen der Versorgung und der Sicherheit in unterschiedlichen Lebenslagen sind es die Kommunen, die Verantwortung tragen und Politik gestalten.

Die Finanzsituation der Kommunen im nördlichen Ruhrgebiet ist oft dramatisch. Die politische Monstrans des Schuldenabbaus, Privatisierungswut und andere Faktoren haben die öffentliche Daseinsvorsorge, die Gesundheitsvorsorge und -versorgung, aber auch Pflege und Bildung an den Rand der Funktionsfähigkeit gebracht. Nicht getätigte Investitionen sind dabei eine mindestens genauso große Belastung für zukünftige Generationen wie es Schulden sind. Land und Bund sind aufgefordert, die Kommunen schnell mit ausreichenden Finanzen auszustatten. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse muss endlich hergestellt werden. Vorschläge des Bundesfinanzministers liegen auf dem Tisch, nun ist die Landespolitik am Zug. Um die Kommunen in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge zu erledigen ist deren Entschuldung und auch deren vernünftige finanzielle Ausstattung zwingend. Auch die Frage des Konnexitätsprinzip muss endlich politische Realität werden. Den Kommunen Aufgaben zu übertragen, ohne dafür die Kosten zu übernehmen überfordert lokale Politik oft deutlich.

Gute, innovative und ökologisch nachhaltige Verkehrskonzepte für Stadt und Land benötigen auch nutzbare Straßen und Schienen und den Ausbau der Infrastruktur für alternative Verkehre. Die Digitalisierung der Schulen darf nicht an fehlenden Breitbandanbindungen scheitern. Wer den Wohnungsmarkt wirklich entlasten will, muss Wohnraum schaffen. Das alles erfordert die Fähigkeit zu investieren um die Auswirkungen jahrzehntelanger Sparpolitik und den daraus resultierenden Sanierungsstau zu beseitigen.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund der Region Emscher-Lippe bezieht Stellung und formuliert seine zentralen kommunalpolitischen Forderungen für den Kreis Recklinghausen, seine 10 angehörigen Kommunen und die Städte Gelsenkirchen und Bottrop. Diese Forderungen wurden gemeinsam mit den acht Mitgliedsgewerkschaften erarbeitet. Der DGB wird diese Forderungen gegenüber den demokratischen Parteien im Vorfeld der Kommunalwahlen einbringen und die politische Diskussion einfordern. Die zentralen Forderungen beziehen sich auf die Themenfelder Gute Arbeit, Struktur- und Wirtschaftspolitik, Gleichstellung, Mobilität für alle, bezahlbarer Wohnraum, Bildung und Betreuung, Gesundheit, Stärkung der kommunalen Finanzen, gute Versorgung und sicheres Leben sowie Stärkung der Demokratie. Mit diesen Forderungen konzentrieren wir uns auf die Bereiche, die kommunalpolitisch zu gestalten sind.

Wir streben den Dialog mit allen kommunalpolitischen Akteuren an, die eine lösungsorientierte Politik für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Region gestalten wollen. Wir werden dagegen weiter auf den Dialog mit Akteuren verzichten, die nur vorgeben, an der Lösung gesellschaftlicher Probleme interessiert zu sein, in Wirklichkeit jedoch die Spaltung unserer Gesellschaft betreiben und am Ende sogar offen gegen uns als ArbeitnehmervertreterInnen agieren.

Forderungen des DGB Emscher-Lippe und seiner Einzelgewerkschaften zur Kommunalwahl 2020

Aus diesem Grund werden wir in der DGB-Region Emscher-Lippe auch in Zukunft keinen Dialog mit der Partei „Alternative für Deutschland“ führen.

Wir wollen eine Politik für alle Bürgerinnen und Bürger in unserer Region, unabhängig von ihrer geographischen oder sozialen Herkunft. Wir setzen uns für die Beschäftigten und auch für die Beschäftigungslosen in unserer Region ein, damit alle eine bestmögliche Perspektive für ihre persönliche Zukunft erhalten. Wir kämpfen für eine Politik, mit der die Starken für die Schwachen sorgen und niemand zurückgelassen wird. Wir stehen für wirkliche Gleichstellung auf allen Ebenen des täglichen Lebens.

Wir stehen für die wirksame Entwicklung unserer Region im nördlichen Ruhrgebiet. Wir wollen die sich bietenden Chancen, gerade nach der Pandemie-Krise, nutzen und diese Region wirtschaftlich stärken. Das können die Menschen in dieser Region, diesen Beweis haben sie jahrzehntelang angetreten. Wir stehen für ein Zusammenwirken der Kommunen und des Kreises in dieser Region und nicht für Kirchturmdenken. Die Stärkung dieser Region erfordert gemeinsame Anstrengung, ohne Egoismen und abgrenzende Konkurrenz untereinander.

Wir stehen für eine gute und leistungsfähige öffentliche Daseinsvorsorge. Privat vor Staat ist kein Weg den wir je gingen, noch wollen wir ihn weitergehen. Die Corona-Krise hat auf den unterschiedlichen Ebenen gezeigt, dass dieser Weg fatal und gefährlich ist.

Allen denen diese Ziele ebenso wichtig sind, die an einer gemeinsamen strukturellen und wirtschaftlichen Entwicklung mit und für die Menschen interessiert sind und sie umsetzen wollen, allen die an einer umfassenden Wiederherstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge, einem leistungsfähigen Personennah- und -regionalverkehr, an einer guten und leistungsfähigen Gesundheits- und Pflegestruktur, an guten Bildungschancen und der Ertüchtigung der Wohnraumsituation interessiert sind, werden wir guter und tatkräftiger Partner sein.

NRW war und ist Mitbestimmungsland Nr. 1. Die Gewerkschaften hier wissen, was notwendig ist, um auch schwierigen Situationen zu begegnen, kompetent, partnerschaftlich und mit Augenmaß. Das geht aber nur mit den Menschen in den Regionen und daher braucht es zu allererst Politik für die Menschen, Politik unter anderem für unsere mehr als 120.000 Kolleginnen und Kollegen.



Mark Rosendahl



Suzann Dräther



Norbert Sperling

Geschäftsführer
DGB-Region Emscher-Lippe

Vorsitzende
Stadtverband Bottrop

Vorsitzender
Kreisverband Recklinghausen

Inhalt:

- 1. Gute Arbeit**
- 2. Strukturpolitik im nördlichen Ruhrgebiet**
- 3. Regionale Wirtschaftspolitik**
- 4. Gleichstellung der Geschlechter**
- 5. Mobilität für alle**
- 6. Bezahlbarer Wohnraum**
- 7. Chancengleichheit in der Bildung**
- 8. Aktive Gesundheitspolitik**
- 9. Kommunale Finanzen stärken**
- 10. Sicheres Leben und öffentliche Daseinsvorsorge**
- 11. Stärkung der Demokratie**

Wählen gehen!

Stark im Wandel: Der DGB Emscher-Lippe zur Kommunalwahl 2020

Der DGB in der Emscher-Lippe-Region und die ihn tragenden Gewerkschaften haben Anforderungen für die regionale und kommunale Politik in Gelsenkirchen, Bottrop und dem Kreis Recklinghausen mit seinen zehn Städten. Die Region ist als Montanstandort groß geworden, was noch immer die Identität prägt. Heute lebt sie vor allem von Chemie, Dienstleistungen, Metallverarbeitung, Nahrungsmittelindustrie, Gesundheitswesen, Energieerzeugung und Logistik. Aber auch Kultur, Hochschulen und digitale Anwendungen verändern das Leben in den Städten. Gewerkschaften und DGB gestalten gemeinsam mit Betriebs- und Personalräten im von Mitbestimmung und Solidarität geprägten nördlichen Ruhrgebiet gemeinsam mit Politik und Verbänden den Wandel mit. Wir verstehen uns als Interessenvertretung der Beschäftigten und Beschäftigungslosen, Motor des Fortschritts, Partner der Politik und Garant für ein tolerantes Miteinander. Mehr als 120.000 Mitglieder sind bei uns in der Emscher-Lippe-Region organisiert.

Wir fordern einen aktiven Strukturwandel, die Sicherung guter Arbeit, eine soziale, ökologische und demokratische Politik! Zur Kommunalwahl 2020 fordern wir:

1. Gute Arbeit

Die Städte und ihre Gesellschaften sollen sich zu guter Arbeit und Ausbildung verpflichten und eine Vorbildfunktion übernehmen.

Ausschreibungen sind so zu gestalten, dass Aufträge der Stadt und ihrer Gesellschaften nur an Unternehmen vergeben werden können, die sich eindeutig an Tarifverträge halten, Mitglied in Arbeitgeberverbänden sind und mitbestimmt durch gewählte Betriebs- und Personalräte die Regelwerke des Betriebsverfassungsgesetzes einhalten. Tariftreue bei städtischer Vergabe gilt auch für Subunternehmen. Die Einhaltung muss standardmäßig kontrolliert werden. Der Missbrauch von Werkverträgen zum Ersatz der Stammbeslegschaft muss verhindert werden.

Die Möglichkeiten des sozialen Arbeitsmarktes sollen genutzt und mit Fortbildung z.B. für Pflegeberufe verknüpft werden.

Ein regional abgestimmtes Programm der Qualifizierung soll im Dienstleistungsbereich Pflegeberufe und im technischen Bereich erforderliche Berufe für den Strukturwandel z.B. in der Wasserstoffwirtschaft fördern.

Arbeitsschutz-Konzepte müssen unter Bedingungen der Corona-Pandemie überarbeitet werden.

Die Reinigung kommunaler Gebäude sollte in städtische Trägerschaft zurückkehren bzw. darin verbleiben.

Der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit und Mitbestimmung durch Betriebs- und Personalräte muss die Regel sein.

2. Strukturpolitik für das nördliche Ruhrgebiet

Das nördliche Ruhrgebiet muss in der Energiewende und der Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen seine vielfältigen Kompetenzen aus Chemie, Energiewirtschaft, Maschinenbau und Metallverarbeitung nutzen und Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze im Strukturwandel organisieren. Ein strategisches Feld, auf dem das gelingen kann, ist die Wasserstoffwirtschaft. Die Anwendung und der Transport von Wasserstoff für industrielle Prozesse, Gebäudewärme und Mobilität können durch das Bündnis von Politik, Unternehmen und Gewerkschaften einen Schub bekommen.

Strategische Bedeutung für die Verknüpfung von Lehre, Forschung und Anwendung hat der Ausbau von Hochschulen, Wissenschaft und Instituten, speziell der Westfälischen Hochschule und der Hochschule Ruhr-West. Kooperation mit Betrieben stärken die Verknüpfung von Forschung und Anwendung wie beispielsweise beim Westfälischen Energieinstitut und dem Institut Arbeit und Technik. Mehr Kapazitäten für Lehre an der Hochschule fördern das Qualifikationsniveau und halten junge Menschen in der Heimat.

Flächen für Ausweitungen und Neuansiedlungen sind prioritär zu entwickeln, dazu gehören die Förderung der Nachfolgenutzung von Altindustrie- und Bergbaugrundstücken und die Ausweisung von Kooperationsstandorten wie dem „NewPark“ und der „Freiheit Emscher“. Bei Entscheidungen zu Standorten ist die Balance zwischen ökonomischen, ökologischen und sozialen Interessen zu suchen. Eine Kommunikation der Kommunalpolitik mit den Gewerkschaften ist dafür zwingend. Die Akzeptanz von Groß-Industrie muss aktiv gesichert werden. Die chemische Industrie ist nicht nur Motor, sondern auch Ingenieurin des Klimawandels. Sie geht voran und entwickelt Lösungen. Dafür brauchen wir eine Allianz von Wirtschaft, Gewerkschaft und Politik. Außerdem fordern wir, dass mit Investitionen in Forschung und Entwicklung Voraussetzungen geschaffen werden, die Energiewende zu gestalten. Wir fordern, dass die Sicherstellung der Stromversorgung der Unternehmen mit bezahlbarem Strom gewährleistet wird, der die Wettbewerbsfähigkeit nicht gefährdet. Wir fordern Lösungen auf Basis der Ergebnisse der KWStB, aber so, dass Steinkohlenkraftwerke nicht entschädigungslos enteignet werden, um Beschäftigungssicherung und Transformation zu gewährleisten.

In der momentan durch den Corona-Virus ausgelösten Wirtschaftskrise müssen Verbundstandorte über die Krise gerettet und zukunftsfest, also nachhaltig entwickelt werden.

3. Regionale Wirtschaftspolitik

Kommunale Wirtschaftsförderung muss sich am Erhalt und der Schaffung neuer Wertschöpfung mit guter Arbeit in Industrie- und Dienstleistungsbranchen und für alle Qualifikationsstufen orientieren. Dabei sind die Stärkung der industriellen Basis, der Ausbau erneuerbarer Energien und die Technologieförderung v.a. für mittelständische Betriebe von elementarer Bedeutung. Wirtschaftsförderung muss sich dem Ziel verpflichten, Unternehmen anzusiedeln, in denen Sozialpartnerschaft gelebt wird und tarifgebundene Arbeitsplätze gefördert werden. Kommunale Akteure aus Gewerkschaften, Unternehmen und Kammern, Wissenschaft, Weiterbildnern, Jobcentern und der Agentur für Arbeit müssen durch die Politik sinnvoll vernetzt werden. Dafür ist die WiN Emscher-Lippe GmbH zu stärken.

Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen allen Menschen und zu tragbaren Preisen zugänglich sein. Gemeinwohlorientierung muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Dazu gehört auch die Rekommunalisierung von privatisierten Unternehmen.

4. Gleichstellung der Geschlechter

In den Gremien der Kommunalpolitik und den Gesellschaften ist eine geschlechtergerechte Beteiligung von Frauen und Männern in Führungsfunktionen umzusetzen.

Kommunale Gleichstellungspolitik zeigt sich in ausreichenden personellen Kapazitäten für Gleichstellungsstellen, Unterstützung für das Kompetenzzentrum Frau und Beruf, aber auch in ausreichenden Kinderbetreuungseinrichtungen mit langen Öffnungszeiten und genügend Pflegeplätzen. Die Vereinbarkeit von Familie/Pflege und Beruf muss in Verwaltung

und Gesellschaften vorbildlich gelöst sowie die Voraussetzungen für alle berufstätigen Eltern erfüllt werden.

Eine geschlechtergerechte Sprache heißt nicht, dass alle Geschlechter bei männlicher Sprache mitgemeint sind. Denken und Handeln gehören zusammen und prägen künftige Generationen. Geschlechtersensible Politik wird umgesetzt in Erziehung, Schule und Berufsorientierung mit dem Ziel, jungen Menschen frei von Rollenklischees die Entfaltung ihrer individuellen Kompetenzen und Neigungen in der Ausbildung und im Beruf zu ermöglichen. Die Finanzierung von Frauenhäusern und Beratungseinrichtungen muss sichergestellt werden.

5. Mobilität für alle

Ziel muss es sein, den Verkehr CO₂-neutral zu gestalten und gleichzeitig bezahlbare Mobilität in guter Qualität zu ermöglichen. Im Öffentlichen Personennahverkehr sind die Taktzeiten und die Preisgestaltung so zu reformieren, dass der Umstieg vom Auto bequem und bezahlbar wird. Schienenstrecken sind auszubauen, Trassen planerisch zu sichern. Fahrradwege sind in erforderlicher Breite und sicher auszubauen; Abstellanlagen mit Bügel und Überdachung zu schaffen. Wasserstoff soll im ÖPNV als Brennstoff Standard werden. Das Wasserstoff-Tankstellennetz ist auszubauen.

Insbesondere muss die Vernetzung der Städte innerhalb der Region Emscher-Lippe durch den ÖPNV verbessert werden. Hierzu sind auch mehr schnelle Direktverbindungen zwischen den Stadtzentren nötig, die die Grenzen der kreisfreien Städte und des Kreises Recklinghausen überschreiten. Intelligente Verknüpfungen zwischen den vorhandenen Verkehrsträgern (Bus, Bahn, Taxi, Fahrrad, Füße) und Mobilitätsangebote (Leih-Fahrräder, Leih-Roller, Stadtteilautos, etc.) sind zu entwickeln, um die Bewältigung täglicher Strecken mit multimodaler Nutzung verschiedener Angebote einfach, schnell, kostengünstig und leicht verständlich zu ermöglichen. Eine App, die alle Angebote bündelt und Leistung wie auch Abrechnung aus einer Hand ermöglicht, könnte eine sinnvolle Lösung sein, die mindestens für das gesamte Ruhrgebiet, besser aber für ganz NRW nutzbar sein sollte.

6. Bezahlbarer Wohnraum

Nötig ist eine Offensive bei der Schaffung von sozialem und günstigem Wohnungsbau für kleine und mittlere Einkommen und beim Ausbau von Azubi-Wohnheimen. Die energetische Sanierung ist unter Wahrung sozialer Standards voranzutreiben. Kommunale Wohnungsbaugesellschaften haben strategische Bedeutung für die Stadtentwicklung und den Mietpreisspiegel. Nur bei einer niedrigen ortsüblichen Miete kann die Mietpreisbremse wirken.

Öffentliche Flächen sollten vorrangig in Erbpacht vergeben werden, um Spekulationsobjekte zu verhindern und langfristig Planungshoheit zu behalten.

7. Chancengleichheit in der Bildung

Die Qualität frühkindlicher Bildung ist der erste entscheidende Baustein in der Bildungsbiografie von Kindern. Chancengleichheit erfordert die Stärkung dieser, durch einen bedarfsgerechten Ausbau und eine Qualitätsentwicklung von Kindertageseinrichtungen und der Offenen Ganztagschule (OGS), die sich am Bedarf der Kinder und Eltern orientiert, sowie pädagogisches Fachpersonal. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind nicht hinnehmbar.

Gute Bildung braucht gute Räumlichkeiten. Investitionen in die Sanierung der Gebäude mit allen Gewerken einschließlich der digitalen Infrastruktur durch städtische Projektgesellschaften schaffen Aufschwung für das regionale Bauwesen und sichern gute Lehr- und Lernbedingungen.

Kommunal zu finanzierende soziale und psychologische Fachkräfte sind für alle Schulformen nötig.

Die Berufskollegs sind als Partner und Lernort für die duale Ausbildung zu stärken. Von FabLabs und 3-D-Druckern können die Ausbildung und Handwerksbetriebe profitieren.

Die Talentförderung unabhängig von der Herkunft muss weiter gestärkt werden, weil in unserer Region besonders viele Jugendliche leben, die ungünstige Voraussetzungen für Bildungserfolge mitbringen.

8. Aktive Gesundheitspolitik

Gute Arbeit in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie eine hochwertige Versorgungsqualität für die Patient*innen und Bewohner*innen müssen auch durch die Kommune sichergestellt werden. Dabei geht es insbesondere um die Einhaltung von Hygieneschutz, Arbeitssicherheit, Stärkung der ambulanten Pflege im Quartier, ausreichend Plätze in der Tages- und Kurzzeitpflege sowie verstärkte schulische Erstausbildung von Pflegekräften. Ganz besonders wichtig ist es, endlich für ausreichend (Pflege-) Personal zu sorgen. Dazu müssen verbindliche Personalstandards festgelegt werden, die sich an den Bedarfen der Patient*innen statt an ökonomischen Kennziffern orientieren. Nur so können eine hohe Versorgungsqualität für die Menschen und gleichzeitig gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten erreicht werden. Privatisierungen sind zu stoppen, denn die Gesundheit wird bei privaten Gewinninteressen zur Nebensache.

9. Kommunale Finanzen stärken

Die Finanzen der Städte im Ruhrgebiet sind besonders von hohen Sozialausgaben und niedrigen Steuereinnahmen geprägt. Der jahrzehntelange Strukturwandel hat für die Bevölkerungszahl zu wenig Arbeitsplätze und hohe Arbeitslosenquoten zur Folge. Der Grundsatz gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland muss wiederhergestellt werden.

Die Parteien sollen sich dafür einsetzen, dass der Bund die sozialen Transferkosten komplett übernimmt. Das Land NRW muss ergänzend zum Bund die Altschulden schultern.

Die soziale, sportliche und kulturelle Infrastruktur der Städte muss gesichert und ausgebaut werden. Die Qualität der Lebensbedingungen hängt davon ab. Ohne Büchereien, Musikschulen und Schwimmbäder, ohne Jugendzentren, Altenbegegnungsstätten, Theater und Festivals verkümmern Netzwerke und Menschen. Sparmaßnahmen schneiden ins eigene Fleisch. Denn Kultur, Sport und Soziales wirken präventiv, fördern Gesundheit und demokratische Strukturen.

10. Sicheres Leben und öffentliche Daseinsvorsorge

Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge sollen allen Menschen und zu tragbaren Preisen zugänglich sein. Gemeinwohlorientierung muss Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben. Dazu gehört auch die Rekommunalisierung von privatisierten Unternehmen.

Die Bereiche der öffentlichen Verwaltung, der Energie- und Wasserversorgung, aber auch die Bereiche Bildung und Gesundheitsvor- und -fürsorge und auch Pflege bieten enormes Potential an qualifizierten Arbeitsplätzen. Der Begriff „Held*innen des Alltags“ darf hier

durchaus ernst genommen werden, um nicht nur mit Applaus, sondern mit tarifgebundener Bezahlung und guten Entwicklungsperspektiven diese Bereiche attraktiver auszugestalten. Das wäre echte Anerkennung für diese wichtigen Tätigkeiten.

Die Umsetzung von Klimaschutz beginnt in den Kommunen. Bereits jetzt gibt es viele städtische Stadtwerkebetriebe, die sich intensiv u. a. dem Ziel der nachhaltigen Energieerzeugung widmen. Wir unterstützen solche Anstrengungen, da auch hier gute Jobs, aber auch gute Ideen zur Nachhaltigkeit entwickelt werden. Die unumgängliche Transformation der Energiewirtschaft wird durch solche Initiativen wirksam flankiert.

Auch die Fragen der inneren Sicherheit sind durchaus lokal zu beleuchten. Die in unserer Region zuständigen Polizeibehörden Gelsenkirchen und Recklinghausen werden seit Jahren nicht mit dem Personal ausgestattet, dass sie in die Lage versetzen würde, die polizeilichen Aufgaben bestmöglich zu erfüllen. Es ist aber im Interesse der Kommunen, dass diese Aufgaben vollumfänglich wahrgenommen werden können. Das gilt für Bottrop und den Kreis Recklinghausen mit seiner besonders vielfältigen kommunalen Struktur, wie für Gelsenkirchen mit seiner besonderen Bevölkerungsstruktur und den erweiterten Aufgaben, z. B. als Bundesligastandort. Ordnungspartnerschaften der Polizei mit den Kommunen müssen ausgebaut und enger verzahnt werden. Daher ist die Entschuldung der Kommunen ein so wichtiger Aspekt, denn nur so werden die Kommunen in die Lage versetzt, auch hier mehr qualifiziertes Personal einzustellen und zu beschäftigen.

11. Stärkung der Demokratie

Demokratie braucht Zusammenhalt. Er entsteht durch Teilhabe und Mitbestimmung. Deshalb sind alle Einwohner*innen an kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Hass und Gewalt in sozialen Medien und auf der Straße brauchen entschiedenen Widerstand. Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Anti-Semitismus müssen eine Null-Toleranz-Politik erfahren. Deshalb lehnen die Gewerkschaften eine irgendwie geartete Zusammenarbeit mit Parteien wie der AfD ab, die die demokratischen Gremien nur nutzen, um die Demokratie zu gefährden.

Die vom DGB mitgetragenen Ruhrfestspiele Recklinghausen sind ein Beispiel für die Realisierung von Toleranz und Kreativität verbunden mit einer kritischen Reflektion der Gesellschaft und strahlen weit ins Land die Botschaften von Menschlichkeit und Solidarität.

Wählen gehen!

Bei aller notwendigen Auseinandersetzung in Sachfragen der Kommunalpolitik fordern wir die kommunalpolitisch Tätigen auf, gegenseitigen Respekt zu zeigen und Kritik konstruktiv und nicht persönlich herabsetzend zu formulieren.

Kommunalpolitiker*innen übernehmen Verantwortung für das Gemeinwesen und sind ehrenamtlich unter großem Zeitaufwand neben Beruf und Familie tätig. Dafür verdienen Politiker*innen wie ehrenamtlich Tätige in Sportvereinen, Gewerkschaften, Kirchen und sozialen Organisationen Respekt und Anerkennung, ernten aber zunehmend Verachtung und Hass bis hin zu tätlicher Gewalt. Auch unter momentan durch die Corona-Pandemie ausgelöste Krise sind wir zu solidarischem Handeln aufgefordert!

Deshalb achten Sie auf Ihre Sprache und Ihr Handeln und seien Sie Vorbild für eine Kultur der Achtsamkeit, der Kritik, der Solidarität und des Respekts!

Impressum

emscher-lippe.dgb.de

Verantwortlich:

DGB-Region Emscher-Lippe

Mark Rosendahl, Regionsgeschäftsführer

Dorstener Str. 27a

45657 Recklinghausen

Tel. 02361.10624.0

Fax. 02361.10624.22

recklinghausen@dgb.de

Fotografie



Region Emscher-Lippe

DGB

DGB Emscher-Lippe

Dorstener Straße 27a

45657 Recklinghausen

Tel. 02361.10624.0

Fax. 02361.10624.22

recklinghausen@dgb.de